



Berufs- und Bildungspolitik

Empfehlungen Frühjahrssession 2018

26.02.2018 – 16.03.2018

Vorschau im Überblick

DATUM	RAT	EMPFEHLUNG
NATIONALRAT		
05.03.2018	17.3975 Motion Nationalrat (WBK-NR) Austragungsort WorldSkills in der Schweiz	Annahme
12.03.2018	16.479 Parlamentarische Initiative Ständerat (SGK-SR) Gesetzliche Grundlage für die Überwachung von Versicherten	Annahme mit Änderungen
	16.482 Parlamentarische Initiative Nationalrat (Tuena) Schaffung der rechtlichen Grundlage für Überwachungsmaßnahmen durch eine Versicherung	Ablehnung
14.03.2018	16.065 Geschäft des Bundesrats ELG. Änderung (EL-Reform)	Annahme
15.03.2018	16.301 Kantonale Initiative (SH) Bekämpfung der Hochpreisinsel Schweiz	Keine Folge geben
16.03.2018	12.419 Parlamentarische Initiative (Leutenegger) Fristverlängerung Wahrung höherer, berechtigter öffentlicher Interessen als Rechtfertigungsgrund (Whistleblowing)	Verlängerung zustimmen
Ab 26.02.2018	Ergänzungen zu den Tagesordnungen	Siehe separate Liste im Anhang
STÄNDERAT		
26.02.2018	16.3006 Motion Nationalrat (FK-NR) Individualbesteuerung auch in der Schweiz. Endlich vorwärtsmachen	Annahme
	06.302) Kantonale Initiativen (ZH) (BE) (BS)	Annahme
	07.305) Übergang zur Individualbesteuerung	
	08.318)	
	16.318 Kantonale Initiative (AG) Abschaffung der Heiratsstrafe	Ablehnung
28.02.2018	17.047 Geschäft Bundesrat Gleichstellungsgesetz. Änderung	Annahme mit Ergänzung
	16.3297 Motion Nationalrat (Derder) Führung der Strategie Digitale Schweiz verstärken	Annahme
15.03.2018	16.3225 Motion Ständerat (Hegglin Peter) Einführung eines AHV-Referenzalters und dessen Anbindung an die durchschnittliche Lebenserwartung	Ablehnung
	17.3860 Motion Ständerat (Baumann) Familienzulagen. Für eine faire Lastenverteilung	Zustimmung

05.03.2018

17.3975 Motion Nationalrat (WBK-NR)

Austragungsort WorldSkills in der Schweiz

Empfehlung zur Annahme

Als Stiftungsorganisation der SwissSkills, setzt sich der Kaufmännische Verband für das Ansehen der Schweizer Berufsbildung ein. Berufsmeisterschaften ermöglichen es jungen Berufsleuten, sich in ihren jeweiligen beruflichen Disziplinen zu messen. Die Schweizer Delegation tut dies jeweils sehr erfolgreich. Der Erfolg des Schweizer Teams bei den internationalen Berufsmeisterschaften ist auch ein Indikator für die Qualität der Berufsbildung eines Landes und untermauert den guten Ruf des dualen Bildungssystems in der Schweiz. Für Berufsleute hebt dies nicht nur den Status ihres Berufs, es kann auch Vorteile für ihre berufliche Mobilität bringen. Aus diesen Gründen unterstützt der Kaufmännische Verband eine Kandidatur der Schweiz als Austragungsort der WorldSkills 2023. Es stellt für die Schweiz eine Gelegenheit dar, sich als Gastgeberin für die duale Berufsbildung zu engagieren und den Austausch zwischen jungen Berufsleuten zu fördern. Aus denselben Gründen empfiehlt der Kaufmännische Verband die Fortführung der Unterstützung für die Teilnahme an den EuroSkills.

12.03.2018

16.479 Parlamentarische Initiative Ständerat (SGK-SR)

Gesetzliche Grundlage für die Überwachung von Versicherten

Der Kaufmännische Verband empfiehlt die Annahme des Vorschlags der SGK-NR mit Änderungen bezüglich Dauer der Observation und Datenschutzbestimmungen für die aus der Observation gesammelten Daten.

Die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für Observationen im allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts ist wünschenswert. Für den Kaufmännischen Verband stehen das Prinzip der Rechtsgleichheit und der Verhältnismässigkeit dabei im Vordergrund. Dem Vorschlag der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates (SGK-NR) stimmt der Kaufmännische Verband weitgehend zu: Observationen können mit Hilfe von Bild-, Ton- und Standortbestimmungsinstrumenten vorgenommen werden, bedürfen aber in jedem Fall einer richterlichen Anordnung des kantonalen Versicherungsgerichts. Zusätzlich muss die maximale Dauer der Observation geregelt sein und darf nicht über die Bestimmungen der StPO hinausgehen. Auch soll sichergestellt werden, dass die gesammelten Daten mit der notwendigen Sorgfalt behandelt werden, für Versicherte nach Ende einer Observation einsehbar sind und bei Nichtbestätigung eines Verdachts vernichtet werden.

16.482 Parlamentarische Initiative Nationalrat (Tuena)

Schaffung der rechtlichen Grundlage für Überwachungsmassnahmen durch eine Versicherung

Der Kaufmännische Verband empfiehlt die Ablehnung der Vorlage.

Die parlamentarische Initiative ergibt keinen Mehrwert zum Geschäft der Kommission SGK-SR (16.479) und adressiert wichtige Punkte gar nicht. Sie ist deshalb abzulehnen.

14.03.2018

16.065 Geschäfte des Bundesrates.

ELG. Änderung (EL-Reform). Änderung Bundesgesetz

Empfehlung zur Annahme des Kommissionsvorschlags

Der Kaufmännische Verband empfiehlt die Vorlage zur Änderung des ELG gemäss den Vorschlägen der vorberatenden Kommission (SGK-N) anzunehmen. Insbesondere deren Vorschläge zum Kapitalbezug sind zu begrüssen.

15.03.2018

16.301 Kantonale Initiative (SH)

Bekämpfung der Hochpreisinsel Schweiz

Keine Folge geben

Der Kaufmännische Verband empfiehlt, der Initiative, mit Verweis auf die parlamentarische Initiative Altherr (14.449), keine Folge zu geben. Für die Beratungen zu letzterer wurde die Frist bis HS 2019 verlängert. Abzuwarten ist zudem die Botschaft zur Fair-Preis-Initiative, welche Anfang 2018 zustande gekommen ist.

16.03.2018

12.419 Parlamentarische Initiative (Leutenegger) Fristverlängerung

Wahrung höherer, berechtigter öffentlicher Interessen als Rechtfertigungsgrund (Whistleblowing)

Der Kaufmännische Verband stimmt einer Fristverlängerung zu.

Der Vorschlag des Bundesrates zum konnexen Geschäft 13.094 ist abzuwarten.

Ständerat

26.02.2018

16.3006

Motion Nationalrat (FK-NR)

Individualbesteuerung auch in der Schweiz. Endlich vorwärts machen

06.302/ 07.305/ 08.318 Kantonale Initiativen (ZH) (BE) (BS)

Übergang zur Individualbesteuerung

Der Kaufmännische Verband unterstützt den Übergang zur Individualbesteuerung.

Der Kaufmännische Verband unterstützt einen Systemwechsel bei der Einkommenssteuer. Steuerpflichtige sollen grundsätzlich unabhängig von Zivilstand und gelebter Familienform besteuert werden. Der Kaufmännische Verband setzt sich zudem auch für eine faire Familienbesteuerung ein. Steuerlich haben gut ausgebildete, verheiratete Frauen meist wenig Anreiz, ihr Arbeitspensum zu erhöhen. Andererseits werden Einverdiener-Konkubinatspaare steuerlich bestraft. Steuerlich profitieren daher traditionelle Verheirateten-Einverdiener-Modelle des Zusammenlebens. Es kann nicht Aufgabe des Staats sein, durch das Steuer- und Sozialrecht in Bereiche des Familienrechts einzugreifen und gewisse Formen des Zusammenlebens zu begünstigen.

16.318 Kantonale Initiative (AG)

Abschaffung der Heiratsstrafe

Der Kaufmännische Verband empfiehlt eine Ablehnung der kantonalen Initiative zur Abschaffung der Heiratsstrafe.

Die kantonale Initiative (AG) zur Abschaffung der Heiratsstrafe (16.318) wirkt den Bestrebungen nach einem Systemwechsel in der Besteuerung von natürlichen Personen entgegen und ist demnach abzulehnen. Das Volk hat eine entsprechende Volksinitiative 2016 verworfen. Der Übergang zur Individualbesteuerung löst auch das Problem der Heiratsstrafe und macht die kantonale Initiative überflüssig.

28.02.2018

17.047 Geschäft Bundesrat

Gleichstellungsgesetz. Änderung

Der Kaufmännische Verband unterstützt die Gesetzesänderung, unterstützt aber eine Ausweitung auf den öffentlich-rechtlichen Sektor.

Die Volksabstimmung zur Altersreform 2020 hat gezeigt, dass die Behebung der Lohnungleichheit zwischen Männern und Frauen in der Schweiz ein wichtiges Anliegen in der Bevölkerung ist. Die Lohn Differenz in gewissen Zweigen des Dienstleistungssektors, wie z.B. bei den Finanz- und Versicherungsdienstleistungen, beträgt bis zu 30%. Davon ist ein Drittel nicht erklärbar durch Erwerbsbiographien etc. Das sind für diesen Sektor pro Monat rund 1000 Franken, die Frauen aus unerklärten Gründen weniger verdienen als Männer. Der Vorschlag des Bundesrats, Unternehmen mit mehr als 50 Mitarbeitenden zu Lohnvergleichsanalysen zu verpflichten, ist ein Schritt in die richtige Richtung. Auch unterstützt der Kaufmännische Verband die Vorschläge der WBK-S, die Pflicht auf öffentlich-rechtliche Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber auszuweiten und das Kontrollintervall für Unternehmen, welche Lohnungleichheit nachweisen können, zu verlängern. Was fehlt, ist eine explizite Zielsetzung und das Aufzeigen von Massnahmen, welche beim Nichterreichen eingeleitet werden. Damit verbunden kann eine Befristung der Bestimmungen sinnvoll sein.

16.3297 Motion Nationalrat (Derder)

Führung der Strategie Digitale Schweiz verstärken

Der Kaufmännische Verband unterstützt eine Stärkung der Führung für die nationale Strategie Digitale Schweiz.

Im Bericht „Digitale Schweiz“ wird die Umsetzung der nationalen Strategie als Prozess im Spannungsfeld zwischen Politik, Bundesbehörden, Wirtschaft, Wissenschaft, Zivilbevölkerung und Behörden beschrieben. Eine interdepartementale Koordinationsgruppe der Bundesverwaltung, wie sie der Bundesrat eingesetzt hat, kann allenfalls Prozesse innerhalb der Bundesverwaltung koordinieren, sie kann die Gesamtheit dieser Aufgabe jedoch nicht bewältigen. Die tiefgreifenden Auswirkungen der Digitalisierung auf Wirtschaft und Gesellschaft bedürfen einer Prozessführung, welche die Umsetzung der Strategie in allen Bereichen sicherstellt und allenfalls auch neue Handlungsfelder identifizieren kann. Der Kaufmännische Verband unterstützt deshalb das Anliegen der Motion, die Führung der Strategie zu verstärken. Nach Meinung des Kaufmännischen Verbands sollte diese jedoch nicht auch noch innerhalb der Bundesverwaltung angesiedelt sein, sondern allenfalls die Form einer APK oder eines neu geschaffenen Gremiums, z.B. in Form einer Kommission unter Einbezug aller relevanten Akteure, annehmen.

15.03.2018

16.3225 Motion Ständerat (Hegglin Peter)

Einführung eines AHV-Referenzalters und dessen Anbindung an die durchschnittliche Lebenserwartung

Der Kaufmännische Verband empfiehlt eine Ablehnung.

Der Bericht des Bundesrats zur Altersreform ist abzuwarten.

17.3860 Motion Ständerat (Baumann)

Familienzulagen. Für eine faire Lastenverteilung

Der Kaufmännische Verband empfiehlt die Annahme der Motion.

Aus Sicht des Kaufmännischen Verbandes ist eine Ausweitung des innerkantonalen Lastenausgleichs auf alle Kantone wünschenswert. Der Lastenausgleich schützt vor einem Verschieben von „schlechten Risiken“ auf Arbeitgeber bzw. Kassen bestimmter Branchen oder gar auf die kantonalen Familienausgleichskassen.

Weitere Auskünfte

Ursula Häfliger, Verantwortliche Politik, Telefon +41 44 283 45 78,
Ursula.Haefliger@kfmv.ch

Anhang

Ergänzungen zu den Tagesordnungen (gebündelte Abstimmungen)

Ab 26. 02.2018

Parlamentarische Vorstösse aus dem EDI

16.3103 Mo. Fraktion C

Beseitigung der Heiratsstrafe auch in der AHV

Ablehnung

16.3804 Po. Schmid-Federer

Bedarfsabhängige Kinderzulagen als gezielte Massnahme zur Bekämpfung der Familienarmut

Ablehnung

16.3358 Mo. Grüter

Die berufliche Vorsorge mit der Säule 3a auch für erwerbstätige Personen über 70 Jahren ermöglichen

Ablehnung

16.3812 Mo. Giezendanner

Keine unnötigen und aufwendigen Datenerhebungen bei Freizügigkeitseinrichtungen

Ablehnung

Ab 27.2.2018

Parlamentarische Initiativen 1. Phase

16.489 Pa.Iv. Pardini

Sichere Arbeit für ältere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (RK)

Keine Folge geben

16.502 Pa.Iv. Marti

Ausbau der Leistungen der Arbeitslosenversicherung für ältere Arbeitsuchende (WAK)

Folge geben

und

16.503 Pa.Iv. Marti

Verbesserung der Situation von älteren Arbeitsuchenden bei der Arbeitslosenversicherung (WAK)

Folge geben

Die parlamentarischen Initiativen sprechen ein zunehmend wichtiges Problem für ältere Stellensuchende an. Obwohl die Arbeitslosenquote bei den über 55-Jährigen nicht merklich gestiegen ist, verzeichnet die Sozialhilfequote in dieser Altersklasse einen Anstieg von 50% seit 2010, wie die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe am Donnerstag bekannt gab. Dies deutet darauf hin, dass ältere Arbeitslose mehr Mühe haben, eine neue Stelle zu finden, aus der Arbeitslosenversicherung ausgesteuert werden und schliesslich Sozialhilfe beantragen müssen. Aus unserer Beratungstätigkeit wissen wir, dass dieser Schritt für viele Betroffene eine schwere Belastung darstellt. Menschen, welche ihr Leben lang gearbeitet und etwas Geld angespart haben, zehren so von ihren Reserven bis zur Pensionierung und melden sich oft gar nicht bei der Sozialhilfe.

Aus Sicht des Kaufmännischen Verbandes reicht es nicht, wie die vorberatende Kommission vorgeschlagen hat, der Wirtschaft nahezulegen, ältere Arbeitssuchende einzustellen. Die Leistungen der Arbeitslosenversicherung müssen den Bedürfnissen älterer Arbeitnehmender angepasst werden und es muss versucht werden, diese so lange wie möglich bei der Stellensuche zu unterstützen. Die Vorschläge der beiden parlamentarischen Initiativen gehen in die richtige Richtung und ihnen soll deshalb Folge gegeben werden.

28.2./06.03. 2018

Parlamentarische Vorstösse aus dem EFD

17.3036 Po. Reynard

**Prüfung der Zweckmässigkeit einer Besteuerung von Robotern
und**

17.3151 Po. Mazzone

Roboter besteuern. Vorsicht ist besser als Nachsicht

Ablehnung

28.02.2018

Parlamentarische Vorstösse aus dem WBF

16.3116 n Mo. Pardini. Agenda Industrie 4.0

Ablehnung

16.3120 Mo. Pardini

Die KMU retten und stärken. Mit dem Innovationsbon und weiteren konkreten Instrumenten

Ablehnung

16.3153 Po. Béglé

**Bekämpfung der Altersdiskriminierung, um die Erwerbstätigkeit von Seniorinnen und
Senioren zu fördern**

Ablehnung

16.3184 Mo. (Fricker) Arslan

**Digitalisierung und informatische Bildung. Gemeinsame Weiterentwicklung des digitalen
Bildungsraums**

Annahme

16.3381 Po. Béglé

Industrie 4.0. Schaffung einer nationalen Koordinationsstelle

Ablehnung

16.3396 Mo. Fraktion (Grüne)

Die maximale Wochenarbeitszeit senken

Ablehnung

16.3589 Po. Rytz Regula

**Bericht über die Diskriminierung von Eltern auf dem Arbeitsmarkt und ein Aktionsplan als
Gegenstrategie**

Annahme

16.3729 Mo. Fraktion SP

Fehlende Fachkräfte selber ausbilden statt Kontingente erhöhen

Annahme

16.3730 Mo. Marti. Fachkräfte-Initiative

Erhöhung des Frauenanteils in den ICT Berufen

Ablehnung

16.3867 Mo. Müller-Altarmatt.

Care-Arbeit und Arbeitsanforderungen vereinbaren

Ablehnung

16.3946 Mo. Fraktion BD

Stärkung der Frauenorganisationen in der Sozialpartnerschaft

Ablehnung

16.3997 Po. Mazzone

Umfassender Überblick über die Praktikumssituation in der Schweiz

Annahme

16.4014 Po. Leutenegger Oberholzer

Mitwirkungsrechte der Arbeitnehmenden. Bericht.

Annahme

07./15.03.2018

Parlamentarische Vorstösse aus dem EJPD

16.3995 Mo. (Schwaab) Reynard

Arbeitsplätze sichern bei Massentlassungen. Missbräuche beim Konsultationsverfahren härter sanktionieren

Annahme

16.3996 Mo. (Amarelle) Reynard

Arbeitsplätze sichern bei Massentlassungen. Ausweitung der Pflicht zur Verhandlung über einen Sozialplan

Annahme

17.3040 Po. Reynard

Die Schaffung einer Rechtspersönlichkeit für Roboter prüfen

Ablehnung

17.3067 Mo. Dobler

Wenn die Schweiz teure Spezialisten ausbildet, sollen sie auch hier arbeiten können

Ablehnung